

Tel Avivs Bürgermeister kritisiert Netanjahus Umgang mit Siedlergewalt

Kurz vor der Wahl in Israel warnt Tel Avivs Bürgermeister vor der Erosion gesellschaftlicher Grundwerte. Er empfinde Scham über das, was im Namen seines Landes geschehe.

Quelle: DIE ZEIT, 21. Oktober 2026, 12:20 Uhr, [Israel: Tel Avivs Bürgermeister kritisiert Netanjahus Umgang mit Siedlergewalt | DIE ZEIT](#)



Maskierte Angreifer attackieren palästinensische Olivenbauern am 16. Oktober.
© Ammar Awad/REUTERS

Knapp eine Woche vor der [Parlamentswahl in Israel](#) hat Tel Avivs Bürgermeister Ron Huldai an seine Landsleute appelliert, der Gewalt radikaler israelischer Siedler im [Westjordanland](#) nicht schweigend zuzusehen. In einem Meinungsbeitrag für die israelische Zeitung *Ha'aretz* verweist der sozialdemokratische Politiker auf anhaltende Angriffe israelischer Siedler sowohl auf die palästinensische Zivilbevölkerung im Westjordanland als auch auf internationale Journalisten und [EU-Diplomaten](#). Deutliche Kritik übt er in diesem Zusammenhang an der rechtsreligiösen Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu.

Er habe lange damit gerungen, sich öffentlich zu den Ereignissen außerhalb Tel Avivs zu äußern, schreibt Huldai. Nach weiteren Vorfällen in den vergangenen Tagen sei er aber zu dem Schluss gekommen: »Ich weigere mich, beim Anblick Dutzender maskierter Angreifer zu schweigen, die palästinensische Bauern attackieren, die lediglich ihre Oliven ernten wollen.« Er schreibt weiter: »Und ja, angesichts des Schweigens der politischen Führung [Israels](#) weigere ich mich, still zu sein.«

Konkret verweist Huldai in dem Meinungsbeitrag auch auf jüngste [Angriffe israelischer Siedler auf europäische Diplomaten](#) im Westjordanland sowie auf die US-Fotojournalistin Heidi Levine, die bei der Berichterstattung über Siedlerangriffe auf Palästinenser in Ramallah am vergangenen Freitag krankenhausreif geschlagen worden war. Die US-Botschaft in Jerusalem und Levines Arbeitgeber, die *Washington Post*, hatten den Angriff auf Levine deutlich verurteilt, während das Büro von Israels Ministerpräsident Netanjahu ihn [infrage stellte](#). So bezeichnete das Büro des Ministerpräsidenten die Hintergründe der Attacke auf die Journalistin als »unklar« und warnte vor einer »Dämonisierung« Hunderttausender jüdischer Siedler im Westjordanland.

»Ein Test unseres nationalen Gewissens«

Er empfinde »Scham« über die Handlungen gewalttätiger Siedler, schreibt Huldai. »Aber noch mehr fürchte ich den Verlust des Schamgefühls. Ich fürchte die Möglichkeit, dass diese Bilder einfach nur zu einer weiteren Newsstory werden, einem weiteren politischen Streitthema, einem weiteren Vorfall, der wegerklärt wird, gerechtfertigt, verdeckt und schließlich vergessen.«

Huldai zieht eine historische Parallele zur sogenannten Dreyfus-Affäre im späten 19. Jahrhundert, die nach ihrem Bekanntwerden zum Symbol des Kampfs gegen Antisemitismus in Frankreich wurde. Damals habe der Schriftsteller Émile Zola das Schweigen des Staates mit seinem berühmten Essay *J'accuse* angeprangert. »Zola hat verstanden, dass Patriotismus nicht bedeutet, dass eine Person alles verteidigt, das im Namen ihres Landes passiert. Manchmal ist genau das Gegenteil nötig«, schreibt Huldai. Wie das damalige Frankreich stehe auch Israel vor einem Test, »einem Test unseres nationalen Gewissens«.

Aufruf zur Parlamentswahl

Die Gründung des Staates Israel vor knapp 80 Jahren fuße auf Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und der Würde jedes Menschen, schreibt Huldai weiter. »Das sind die Fundamente unserer Heimat. Die moralischen und gesellschaftlichen Grundwerte des Zionismus. Und diese Grundwerte erodieren vor unseren Augen.«

Der Wahlaufbau an seine Landsleute, mit dem Huldai seinen Beitrag abschließt, ist insofern auch als Appell zur Abwahl der derzeitigen Regierung zu verstehen – auch wenn der Bürgermeister weder Netanjahu noch seine teils rechtsradikalen Koalitionspartner beim Namen nennt. Die Wählerinnen und Wähler sollten am kommenden Dienstag »nicht nur ihre politischen Überzeugungen an die Wahlurne bringen, sondern auch ihre Liebe zu diesem Land, ihr Gewissen, ihr Verantwortungsbewusstsein und ihr Engagement für unsere gemeinsame Zukunft«, schreibt Huldai. Er schließt mit den Worten: »Ich schäme mich für das, was in unserem Namen geschieht. Doch ich weigere mich, mich für ein Land zu schämen, das noch immer geheilt werden kann.«